

---

# L'Union syndicale Solidaires: Basisgewerkschaften in Frankreich

**BERNHARD SCHMID**

Alles, was rebellisch sein will, kennt sie in Frankreich: die SUD-Gewerkschaften, zusammengeslossen im lockeren Dachverband *Union syndicale solidaires*. Bunt im Auftreten (aufgrund der betonte Farbenvielfalt bei den Gewerkschaftsfahnen und -aufklebern der einzelnen Mitgliedsgewerkschaften von *Solidaires*), frech im Tonfall, offen im Diskussionsstil, hart aber kompetent bei Verhandlungen mit dem Arbeitgeberlager – so kennen die meisten die relativ kleinen, aber sehr aktiven Basisgewerkschaften. Vor gut zwanzig Jahren tauchten sie, beim Übergang von den 1980er zu den 1990er Jahren, in Frankreich auf.

Spätestens der Protestsong *On lâche rien* (sinngemäß: Wir geben nicht auf) des Sängers «HK» alias Kaddour Haddadi, der unter jungen Linken als «Kult»-lied und Ohrwurm gelten darf, hat den SUD-Gewerkschaften eine enorme symbolische Präsenz verschafft. Denn jene Live-Aufnahme des Protestsongs, die während des bislang letzten massiven sozialen Konflikts in Frankreich entstand – also während des Massenstreiks gegen die «Rentenreform» im Oktober/November 2010 – und seit Dezember desselben Jahres auf YouTube steht, zeigt den Sänger inmitten eines Demonstrationsblocks der SUD-Organisationen\*.

Zumindest in einigen Bereichen besitzen diese neuartigen Gewerkschaften eine feste Verankerung. Bei den Personalvertretungswahlen der französischen Post wuchs der Stimmenanteil von SUD-PTT stetig, von 4,5% bei ihrem ersten Antreten im Jahr 1990 auf zuletzt 23,0% (2011). Hinter der CGT ist SUD-PTT dort die zweistärkste Gewerkschaft. Andernorts haben SUD-Gewerkschaften u. a. infolge von Niederlagen bei Arbeitskämpfen oder Rückschlägen bei der Kampfbereitschaft der Belegschaften leicht an Terrain verloren, aber halten sich auf relativ hohem Niveau, wie bei der französischen Telekom (France Télécom-Orange). Dort erhielt die SUD-Gewerkschaft im Jahr 2009 bei den über 100 000 Beschäftigten 22,5%. Im November 2011 waren es dann 18,6%, was den dritten Platz hinter den stärksten Organisationen CGT und CFDT bedeutete. SUD brachte diesen relativen Rückgang auch mit dem Abbau von 13 000 Arbeitsplätzen und einer «Veränderung der soziologischen Zusammensetzung der Beschäftigtenstruktur» in Verbindung. Bei der französischen Bahngesellschaft SNCF hält die dortige Basisgewerkschaft SUD Rail ebenfalls den dritten Platz, mit 17,4% der Stimmen bei den gesamtfranzösischen Personalratswahlen 2011 (17,7% und ebenfalls dritter Platz in 2009).

## **Rechtliche und historische Voraussetzungen**

Dass neue Akteure wie die SUD-Gewerkschaften im Verlauf eines guten Jahrzehnts einen veritablen Durchbruch in vielen Sektoren schaffen konnten, ist – neben anderen Ursachen – auch auf den Kontext zurückzuführen, in dem sich die französische Gewerk-

schaftsbewegung organisiert. Er wird seit Jahrzehnten von einer Tradition des politisch-ideologischen Pluralismus geprägt: Mehrere Gewerkschaften unterschiedlicher Orientierung können prinzipiell in demselben Betrieb oder in derselben Branche nebeneinander existieren. Diese pluralistische Zusammensetzung warf früh rechtliche Probleme auf: Wer sollte befugt sein, für die abhängig Beschäftigten zu sprechen? Wer konnte ein für alle Lohnabhängigen in einem Betrieb oder einer Branche verbindliches Tarifabkommen abschließen?

Das geltende französische Recht organisiert eine «Repräsentation in der Pluralität». Der Gesetzgeber hat eine Reihe von Rechtspositionen und Vollmachten auf die «repräsentativen» Gewerkschaften beschränkt: Diese können rechtsverbindliche Tarif- und Betriebsabkommen abschließen. Dazu bedarf es – seit der letzten Gesetzesreform im August 2008, davor galten andere Regeln – der Unterschrift einer oder mehrerer «repräsentativer» Gewerkschaften, die – allein oder zusammen – mindestens 30 % der Stimmen auf sich vereinen.

Solche «repräsentativen Gewerkschaften» können im Betrieb Vertrauenspersonen ernennen (*délégué syndical*). Der oder die Freigestellte kann, je nach Betriebsgröße, eine bestimmte Anzahl von bezahlten Arbeitsstunden pro Woche auf gewerkschaftliche Aktivitäten verwenden. Die Vertrauenspersonen haben einen Rechtsanspruch auf Vertretung in wirtschafts- und sozialpolitischen Beratergremien der Regierung wie dem *Conseil économique et social*. Und sie können, seit einem Gesetz von 1982, als einzige im ersten Urnengang zu Wahlen der *Comités d'entreprise* antreten, die nur sehr oberflächlich mit deutschen Betriebs- oder Personalräten zu vergleichen sind, oder zu denen der *délégués du personnel*, das sind gewählte betriebliche Vertrauensleute. Ein zweiter Wahlgang, der auch für andere Listen offen steht, findet nur dann statt, wenn die Wahlbeteiligung im ersten Durchgang unter 50 % lag.

Aber um als «repräsentativ» anerkannt zu werden, muss jede Gewerkschaft eine Reihe von Kriterien erfüllen – dazu gehört ein Mindestanteil der abgegebenen Stimmen bei den letzten Wahlen zum *Comité d'entreprise* oder zu den betrieblichen Vertrauensleuten. (Auf Unternehmensebene muss die Gewerkschaft mindestens 10 % der abgegebenen Stimmen, auf Branchenebene mindestens 8 % im Durchschnitt aller Betriebe, erhalten haben, um als «repräsentativ» anerkannt zu werden.) Diese Regeln sind neu. Vor dem Gesetz über die Gewerkschaften vom 20. August 2008, das die Vollmachten der Gewerkschaften umfassend neu regelte, gab es fünf gewerkschaftliche Dachverbände, die staatlich anerkannt waren: CGT, CFDT, FO, CFTC und CGC. Zu deren Gunsten, und zugunsten ihrer Mitglieds-gewerkschaften in jedem Unternehmen, wurde eine «unwiderlegliche Vermutung» (*présomption irréfragable*) geltend gemacht, wonach sie diese Qualität aufwiesen. Neue Gewerkschaften wie SUD mussten ihren «Repräsentativcharakter» erst noch im Einzelfall beweisen: durch den Nachweis von relevanten Mitgliederzahlen, Wahlergebnissen, Beiträgen... Eine Untergrenze hatte der Gesetzgeber dabei nicht festgelegt.

Bis zur Neufassung des Gesetzes von 2008 mussten die SUD-Gewerkschaften also überall, wo sie auftraten, um den Nachweis ihres «repräsentativen» Charakters juristisch kämpfen. In «99 Prozent» der Fälle (Interview mit Annick Coupé) wurde ihnen entweder vom Arbeitgeber oder von konkurrierenden Gewerkschaften die diskriminierende

Pflicht auferlegt, vor den Richtern den Nachweis ihrer Repräsentationsfähigkeit zu erbringen.

Der Gesetzgeber hat 2008 diese Diskriminierung zum Teil beseitigt. Nun werden alle Gewerkschaften im jeweiligen einzelnen Unternehmen im Grundsatz gleich behandelt: Alle müssen den Nachweis eines Mindestmaßes an Verankerung unter den Beschäftigten erbringen. Der Gesetzgeber – unter der damaligen rechten Regierung unter Nicolas Sarkozy – versuchte auf diese Weise, den beiden stärksten gewerkschaftlichen Dachverbänden (CGT und CFDT) entgegen zu kommen, denn ihnen gelingt es leichter, die Anforderungen, etwa in Gestalt eines Mindeststimmenanteils, bei Betriebswahlen zu erfüllen. Hingegen wurden die lange Jahre vom Arbeitgeberlager mehr oder minder «künstlich» am Leben gehaltenen, kleineren und rechteren Gewerkschaften wie die christliche CFTC tendenziell «geopfert», ihnen wird es künftig seltener gelingen, noch als «repräsentativ» anerkannt zu werden. Das Hauptziel der politischen Operation, dem heftige interne Kämpfe im Arbeitgeberlager voraus gingen – der Verband der Metallindustrie beispielsweise wollte unbedingt an der alten Praxis festhalten, wurde jedoch durch gezielte Veröffentlichungen über seine «schwarzen Kassen» 2007/08 ins Abseits gedrängt –, bestand darin, die CGT «ruhig zu stellen» und einzubinden. Tatsächlich enthielt sie sich in der Folgezeit allzu «radikaler» Reaktionen darauf, wie die Rechtsregierung die Wirtschaftskrise verwaltete. Ein ebenfalls gesuchter Nebeneffekt lag darin, die Legitimität von Betriebsvereinbarungen, die in Krisenzeiten auch Opfer der Lohnabhängigen (im Namen der «Rettung von Arbeitsplätzen») enthalten können, zu stärken. So sollten allzu heftige betriebliche Konflikte vermieden werden. Solche hätten gedroht, wenn Gewerkschaften ohne Nachweis einer demokratischen Legitimität Betriebsvereinbarungen hätten unterzeichnen können.

Für die SUD-Gewerkschaften ist die Neugestaltung des Gewerkschaftsgesetzes eine Chance. Ihnen wird nun der Zugang zum, bislang halb geschlossenen, «Club» der als «repräsentativ» anerkannten Gewerkschaften erleichtert. Jedenfalls sind nun die Ausgangsvoraussetzungen für alle im Betrieb vertretenen Gewerkschaften dieselben geworden. Die Bemühungen der SUD-Gewerkschaften, ihre Repräsentativität stärker anerkannt zu sehen, führte jedoch auch zu neuen Rechtsstreitigkeiten. Denn zu den neuen Kriterien für die Zuspreehung der «Repräsentativität», die 2008 zusätzlich ins Gesetz aufgenommen wurden, zählt nun auch der «Respekt der republikanischen Grundwerte». Im Kern sollte diese Bestimmung vor allem dazu dienen, die Rückkehr rechtsextremer Pseudogewerkschaften zu verhindern – am 10. April 1998 war etwa die Polizeigewerkschaft *Front National de la Police* vom Obersten Gerichtshof verboten worden. Manche Arbeitgeber nutzten die neue Bestimmung aber auch, um Prozesse gegen SUD-Gewerkschaften anzustrengen. So prozessierte etwa das private Mobilfunk-Unternehmen SFR gegen eine bei ihm angesiedelte Basisgewerkschaft mit folgender Argumentation: SUD respektiere nicht die «republikanischen Grundwerte», weil die Organisation laut ihren Statuten den «Selbstverwaltungssozialismus» (*socialisme autogestionnaire*) anstrebe, also nicht das Recht auf wirtschaftliches Eigentum achte.

Das Arbeitsgericht von Longjumeau bei Paris lehnte eine solche Argumentation wiederholt ab (zu SUD-SFR am 1. Februar 2010, zuletzt in einer höchstrichterlichen Entscheidung zur anarcho-syndikalistischen CNT am 13. Oktober 2010). Die geltende

Rechtsprechung erlaubt es demnach jeder Gewerkschaft, eine Wirtschafts- und Sozialordnung ihrer Wahl anstreben (auch außerhalb der kapitalistischen), ohne dass ihr deswegen mangelnder «Respekt für die republikanischen Grundwerte» zur Last gelegt werden kann. Eine Haltung, von der sich vielleicht manch deutscher Jurist eine Scheibe abschneiden könnte...

Ein weiterer wichtiger Faktor, der den «gewerkschaftlichen Pluralismus» in Frankreich begleitet, besteht im Übrigen in der dort vorherrschenden Konzeption des Streikrechts. Dieses von der Verfassung garantierte Grundrecht stellt – anders als in Deutschland – kein «organisches» Recht dar, dessen Ausübung an eine gewerkschaftliche Struktur gebunden ist. Vielmehr gilt das Streikrecht als individuelles Grund- und Freiheitsrecht jedes abhängig Beschäftigten, das dieser auch völlig unabhängig von einer gewerkschaftlichen Struktur ausüben kann – jedenfalls unter einer Bedingung: dass er es «in konzentrierter Form» ausübt, also mit mehr als nur einem Beschäftigten (mindestens zwei). Diese Konzeption macht die abhängig Beschäftigten weniger abhängig von der Existenz und der konkreten Politik einer Gewerkschaft. Sie hat maßgeblich die Entstehung freier «Streikkoordinationen», namentlich in den Jahren 1986–1989, außerhalb der gewerkschaftlichen Apparate begünstigt. Aus diesen *coordinations* wiederum ist der Kern der ersten SUD-Gewerkschaften entstanden.

## Die Wurzeln der Entstehung von SUD

Die Wurzeln der Entstehung des linksalternativen Gewerkschaftsprojekts SUD finden sich zuerst in jener widerspruchreichen Entwicklung, die der neben der CGT zweite große gewerkschaftliche Dachverband in Frankreich ab Mitte der 60er Jahre durchmachte, also die CFDT. Eine der damals in der CFDT (neu) angelegten Traditionslinien verlängerte sich später gewissermaßen auf geradem Weg in die SUD-Gewerkschaften, nachdem die CFDT diese in einem längeren Prozess abgestoßen hatte.

Die *Confédération française démocratique du travail* entstand durch eine Umwandlung des Mehrheitsblocks der alten, katholisch-sozialen Konföderation CFTC auf ihrem Kongress im November 1964 in Issy-les-Moulineaux. Im Zuge der Modernisierung der französischen Nachkriegsgesellschaft spricht sich der Kongress für eine «Entkonfessionalisierung» des Gewerkschafts- und Gesellschaftsverständnisses aus. Eine eher konservativ geprägte Minderheit wollte diese Wandlung jedoch nicht mittragen und spaltete sich ab, sie behielt den Namen CFTC bei. Die neue CFDT öffnete sich gegenüber anderen Momenten des gesellschaftlichen Widerspruchs und nahm ab Mitte der 60er Jahre an bedeutenden örtlichen Streikbewegungen teil.

Zugleich öffnete sie sich auch gegenüber neuen gewerkschaftlichen Themen, wie beispielsweise Dritte-Welt-Solidarität, Forderungen nach Lebensqualität und weniger Autoritarismus in der Gesellschaft sowie – bereits ab den frühen 70er Jahren – Ökologie; damals forderte die CFDT einen mehrjährigen Baustopp für Atomanlagen. Die ideelle Basis für die Weiterentwicklung der CFDT-Programmatik beruhte zu großen Teilen auf einem moralisch-ethischen Anspruch, der aus dem ursprünglich christlichen Kontext stammt, aber aus der religiösen Bindung herausgelöst wurde. Die Abgrenzung von der CGT erfolgte – abgesehen davon, dass die CFDT sich nicht gleichermaßen positiv auf den

sowjetischen Nominalsozialismus bezog wie der CGT-Apparat – dadurch, dass die «entkonnessionalisierte» CFDT der CGT vorwarf, ein vor allem «quantitatives» Gewerkschaftsverständnis zu vertreten – im Sinne von Lohn- und Prozentforderungen –, das nur das «Haben», nicht aber das gesellschaftliche «Sein» kennt. Der ursprünglich einmal angelegte Moralismus kombinierte sich mit einer sozialutopischen Note, die im Laufe der 70er Jahre zeitweise stark antiautoritäre Klänge annahm.

Im Mai 1968 – der in Frankreich, anders als in der Bundesrepublik, nicht vorwiegend auf Demonstrationen der Studierenden und der Jugend beruhte, sondern auch einen mehrwöchigen Streik von acht Millionen Beschäftigten umfasste – unterstützte die CFDT deutlich die Streikenden. Damit versuchte sie auch, der CGT Terrain abzunehmen, denn die Apparate von CGT und FKP, die vom Ausbruch der Streikwelle überrascht und überrollt worden waren, suchten diese vor allem unter Kontrolle zu bringen und auszubremsen. Infolgedessen gewann die CFDT leichter jüngere oder links stehende Neumitglieder hinzu. Auch die Anhänger trotzkistischer, maoistischer und anarchistischer Gruppen schlossen sich nicht selten der CFDT an, vor allem die undogmatischen unter ihnen. Der CFDT-Kongress im Mai 1970 beschloss, sich zum «Sozialismus» als gesellschaftlichem Projekt zu bekennen. Damit ist vor allem der Selbstverwaltungs-Sozialismus (*socialisme autogestionnaire*) gemeint. *Autogestion* war in jenen Jahren in vieler Leute Munde, vor allem bei dem ein Jahr lang währenden Kampf um die Uhrenfabrik Lip (1973/74), die von den Arbeitern übernommen und in Eigenregie weitergeführt wurde, nachdem ihre Besitzer sie in Konkurs gehen lassen wollten.

«Selbstverwaltung» war zunächst zwar eher eine Parole, denn ein fertiges Gesellschaftsmodell – ein solches war auch gar nicht intendiert –, doch ließ sich dadurch der Unterschied zur autoritären Planwirtschaft nach sowjetischem Muster hervorheben. Der Politologe René Mouriaux weist darauf hin, dass ein bestimmtes Verständnis von «Selbstverwaltung» sich auch mit Vorstellungen von Subsidiarität verträgt, die eher aus konservativen bzw. christlichen Traditionen kommen. Tatsächlich weist das katholisch-bürgerliche Milieu in Frankreich eine lange Tradition der Verteidigung «kleinerer, historisch gewachsener Einheiten» gegenüber dem modernen, republikanischen Staat mit seinem abstrakten Gleichheitsversprechen auf (Mouriaux 1984: 106). Ähnlich wie der ursprünglich aus christlicher Tradition entlehnte ethische Anspruch der CFDT und die Idee, «Qualität» (etwa: Solidarität) vor «Quantität» (etwa: reine Lohnforderungen) zu setzen, wurde auch im Fall der Selbstverwaltung ein aus anderem Kontext stammendes Konzept entlehnt und mit einem sozialistischen Diskurs überformt.

Später, im Zuge ihrer scharfen Rechtsentwicklung seit den 1980er Jahren, hat die CFDT dem Stichwort von der «Autonomie der Zivilgesellschaft» jedoch eine völlig veränderte Bedeutung verliehen: Nun ging es um die Idee einer autonomen Regelungssphäre der Sozialpartner, aus der die politische und gesetzliche Regulierung weitgehend zu verdrängen sei. Konkret lief dies ab den späten 1990er Jahren darauf hinaus, sozialpolitische Rückschritte im Namen der Vertragsfreiheit unter Sozialpartnern und der erforderlichen «Entpolitisierung» der sozialen Beziehungen abzusegnen.

Brüche innerhalb der CFDT waren nunmehr unvermeidlich geworden. So schlug die Geburtsstunde der SUD-Gewerkschaften.

## Ein gewerkschaftspolitisches Experiment

Die Entstehung bzw. das Wachstum der SUD-Gewerkschaften lässt sich am trefflichsten in drei zeitliche Abschnitte einteilen. Am Anfang steht die Herausbildung erster Organisationen dieses Namens infolge heftiger innerer Konflikte in einigen Sektionen der CFDT in den Jahren 1988/89, gefolgt von einer allmählichen Konsolidierung dieser organisatorischen Kerne. Auf diese Phase folgt eine, die von den unmittelbaren Nachwirkungen des Streikherbstes im öffentlichen Dienst im November/Dezember 1995 geprägt war. In der dritten Phase erhielten die SUD-Gewerkschaften neue «Zufuhr» durch die innergewerkschaftlichen Konflikte, die sich – diesmal in der Privatindustrie – an der Umsetzung des «Aubry-Gesetzes» über die Arbeitszeitreform entzündeten. Damit einher ging eine Verbreitung der sozialen Basis der SUD-Gewerkschaften, die nunmehr auch in die Privatwirtschaft und die Industrie hineinreicht, nachdem die «Pionier»gruppen alle in den öffentlichen Diensten entstanden waren.

Im Herbst 1988 fanden zwei größere Arbeitskämpfe statt, die die Widersprüche innerhalb der CFDT zum Tanzen brachten. Zum einen traten die Sortierzentren der Post – und im Großraum Paris zusätzlich die *camions jaunes*, die «gelben Lastwagen», mit denen das Sortiergut verteilt wird – in den Ausstand. Hintergrund waren eine drohende Teilprivatisierung der Post und ein Konflikt um die vom Arbeitgeber festgelegten, variablen Arbeitszeiten. Die Arbeitskräfte in den Sortierzentren waren – anders als der Durchschnitt der Postangestellten – zum größeren Teil nicht gewerkschaftlich organisiert, wofür es mehrere Gründe gibt: Sie sind oft gering qualifiziert, viele von ihnen sind Zuwanderer aus den französischen Überseebezirken, vor allem von den Antillen. Aufgrund ihres relativ geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrads schlossen sich die Streikenden daher in einer «Streikkoordination» zusammen, in der Mitglieder und Nichtmitglieder von Gewerkschaften zusammenwirkten. Aufgrund der verhärteten Konfliktlage griffen sie in einigen Fällen zu unkonventionellen Mitteln, wie Blockaden von Sortierzentren mit Hilfe ihrer gelben Lastwagen.

Die CFDT-Sektion bei der PTT (*Poste, télégraphes et télécommunications*) – jener öffentlichen Verwaltung, unter deren Dach Post und Telekom damals noch zusammengeschlossen waren – distanzierte sich klar und deutlich von der Streikbewegung. Unter anderem, weil diese sich gegen die «befreundete» sozialdemokratische Regierung unter Michel Rocard richtete.

Die CFDT-Mitglieder unter den Streikenden und den animateuren der *coordinations* in Lille und Paris erfuhren Anfang November 1988 aus der Presse oder von ihren Vorgesetzten, dass ihnen sämtliche gewerkschaftlichen Funktionen entzogen worden waren. Damit hatten sie aber auch den besonderen Sanktions- und Kündigungsschutz verloren, den sie bis dahin aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Ämter genossen hatten. Drei Tage später forderte der Vorsitzende der Sektion CFDT bei der PTT, Jean-Claude Desrayaud, den amtierenden Minister Quilès auf, seiner Verantwortung nachzukommen und endlich «das Recht der Arbeitswilligen, arbeiten zu können» durchzusetzen. Am 13. November entfernte die Armee, unter Mithilfe der Polizei, die zur Blockade eingesetzten gelben Lastwagen. Der innergewerkschaftliche Streit darüber hatte unmittelbare Folgen für den CFDT-Kongress, der vom 21. bis 28. November 1988 in Strasbourg stattfand. Gewerk-



schaftschef Edmond Maire fordert dort explizit «den Ausschluss der schwarzen Schafe und Unruhestifter, von denen einige missbräuchlich den Namen der CFDT in Anspruch nehmen.» (Coupé 2002: 16/17; Crettiez/Sommier 2002: 174/175; Labbé 2001: 52/53; Interview mit Guy Freche.) Die gesamte regionale Sektion der CFDT-PTT im Großraum Paris wurde von ihrer Mitgliedschaft in der CFDT «suspendiert».

Ungefähr zur selben Zeit begann die Streikbewegung im Gesundheitswesen, vor allem im Großraum Paris. Krankenschwestern und andere Beschäftigte litten schon länger unter der mangelnden Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikation, unter den extrem hierarchischen Beziehungen zum ärztlichen Personal sowie unter Stress und Hektik. Auch diese Berufsgruppe war in vergleichsweise geringem Maße gewerkschaftlich organisiert. Auch hier bildete sich rasch eine Streikkoordination. Noch während sich der mehrwöchige Streik ausweitete, unterzeichnete die Sektion CFDT im Gesundheitswesen (*CFDT Santé*) ein Abkommen, das viele Streikende nur als Dolchstoß empfinden konnten. Im März 1989 wurde die gesamte Sektion CFDT des Großraums Paris, die als erste das Abkommen öffentlich kritisiert hatte, aus der CFDT ausgeschlossen (Coupé 2002: 17, 26).

Die solchermaßen an den Rand gedrängten oder gar ausgeschlossenen CFDT-Mitglieder beschlossen, ihren Kampf nicht einfach aufzugeben. Zunächst forderten die «suspendierten» oder ausgeschlossenen Gewerkschafter bei Post und Telekom die CFDT-PTT kurz vor Jahresende 1988 auf, alle Sanktionen bis zum 15. Januar 1989 zurückzunehmen. Zugleich hinterlegten sie bei zuständigen Registrierungsbehörden die Statuten für eine neue, unabhängige Branchengewerkschaft, «für den Fall, dass dies notwendig würde». Als Namen gaben sie *Solidaires, Unitaires, Démocratiques* an (Solidarisch, Vereint und Demokratisch), wobei alle Adjektive im Plural stehen. Diese Namensgebung implizierte bereits eine klare Kritik an der Praxis der CFDT, die man nicht zu wiederholen wünschte: Die CFDT war nicht solidarisch gegenüber den Streikenden, und sie hatte auf undemokratische Weise mit autoritären Sanktionen die Aktivitäten ihrer eigenen Mitglieder zu unterbinden versucht. Als Abkürzung ergibt dies SUD (sprachlich gleichklingend mit «Süden»), ein Name, der zugleich den zahlreichen bei der Post arbeitenden «Provinzlern» aus Südfrankreich zuzwinkerte und an Sonnenschein und andere angenehme Dinge denken ließ. Am 1. Februar 1989 war die Gründung dann offiziell. In den Krankenhäusern, wo der Konflikt mit der CFDT ein wenig zeitverschoben stattfindet, wurde hingegen der Name CRC gewählt, *Coordonner, rassembler, construire* (Koordinieren, sammeln, aufbauen), er sollte den Anspruch verkörpern, die CRC stelle die wirkliche Kontinuität zu den früheren Basisaktivitäten der CFDT dar. Denn die CFDT hatte die Losung *Coordonner, rassembler, construire* zuvor im Gesundheitswesen im Pariser Großraum benutzt. Inzwischen heißt die Gewerkschaft seit 1999 *SUD Santé Sociaux*.

In den ersten Monaten des Jahres 1989 konsolidierten sich so die ersten «harten Kerne», aus denen später SUD entstehen sollte. Die Gründer/innen waren alsbald vom eigenen Erfolg überrascht. Nur drei Monate nach ihrem Ausschluss aus der CFDT, im März 1989, fanden Personalratswahlen bei der PTT statt. Aus dem Stand heraus erhielt die neue Branchengewerkschaft SUD-PTT im nationalen Durchschnitt 5% der Stimmen. In der Ile-de-France, das ist Paris und Umland, schaffte sie auf Anhieb 15% der Stimmen.

Der fulminante Erfolg bildete den Anfang einer dauerhaften Verankerung in den, künftig getrennten, Unternehmen La Poste und France Télécom.

Eine der Ursachen für den Erfolg war wohl, dass SUD dem ab den 1990er Jahren einsetzenden neoliberalen Umstrukturierungsprozess in der Telekommunikationsbranche mit einer fundamentalen Kritik gegenübertrat, jedoch zugleich pragmatisch am konkreten Alltag der Beschäftigten anknüpfte und sich nicht auf das Wiederholen ideologischer Dogmen versteifte. So lehnte SUD-PTT zunächst die Einstellung neuer Beschäftigter mit privatrechtlichen Verträgen (statt dem Status von Beschäftigten im öffentlichen Dienst) kategorisch ab. Doch nachdem diese Realität nun einmal eingekehrt war und eine zunehmende Anzahl junger Beschäftigter solche privatrechtlichen Verträge hat, ging sie auf diese oftmals prekär Beschäftigten zu und versuchte, sie in ihre Aktionen einzubinden.

Die zweite größere Welle von SUD-Gründungen erfolgte in unmittelbarem Zusammenhang mit der breiten Streikbewegung im öffentlichen Dienst im November und Dezember 1995. Der Ausstand richtete sich gegen die konservativen Regierung von Alain Juppé und ihre Demontage des öffentlichen Dienstes (bei der Bahngesellschaft SNCF etwa war die Stilllegung auf einen Schlag von 6000 Streckenkilometern wegen «Nichtrentabilität» geplant), gegen die Angriffe auf die gesetzliche Rentenversicherung sowie auf das Sozialversicherungssystem. Die Führung der CFDT unter ihrer damaligen Generalsekretärin Nicole Notat unterstützte in zentralen Fragen die Regierung Juppé und verurteilte – ein Novum in der französischen Gewerkschaftsgeschichte – die breite soziale Bewegung. Zugleich war rund ein Drittel der CFDT-Strukturen auf Branchen- und regionaler Ebene am Ausstand beteiligt. Im Januar und Februar 1996 kam es dann zur Abspaltung mehrerer Gewerkschaftssektionen vom Branchenverband, u. a. der Sektion SNCF (Bahn) von der Sektion Transporte der CFDT.

Die Ausgetretenen gründeten im Januar 1996 eine neue Gewerkschaft, *SUD Cheminots* (SUD Eisenbahner), die sich auf ihrem ersten Kongress im März 1997 in SUD Rail umbenannte – um zu verdeutlichen, dass sie tatsächlich *alle* bei der SNCF beschäftigten Berufsgruppen, einschließlich des Kantinen- oder Reinigungspersonals, gewerkschaftlich zu organisieren wünschte. Das war eine andere Konzeption als jene, die man bei manch anderen Vertretern der Berufsgruppe der Eisenbahner findet und die eher von der Vorstellung einer «Arbeiteraristokratie» geprägt sind. Später gewann SUD Rail (SUD Schienenverkehr) auch ausgetretene kritische CGT-Mitglieder hinzu.

Ihre erste breitere Verankerung in der Privatindustrie ergab sich für SUD mit dem Übertritt des bislang branchenübergreifenden Regionalverbands der CFDT in der Basse-Normandie (die Region um Caen). Der linksoppositionelle Regionalverband war im Mai 1999 «gekippt» worden. Daraufhin traten zahlreiche Mitglieder und Einzelgewerkschaften aus und gründeten SUD-Gewerkschaften. So entstand 1999 *SUD Industrie*, die in Betrieben wie dem (krisengeschüttelten) Küchengerätehersteller Moulinex oder dem Nutzfahrzeuge-Hersteller RVI (Renault Véhicules Industriels) verankert ist. Auch bei Renault im Raum Paris sowie beim Energieversorger EDF (insbesondere in dessen Forschungsabteilung) konnten sich inzwischen SUD-Gewerkschaften etablieren.



## Einfluss und Funktionsweise der SUD-Gewerkschaften

Heute ist SUD landesweit vor allem bei der Eisenbahn, Post und Telekom gut verankert. In der Privatindustrie bleibt die Entwicklung hingegen sehr ungleich.

Landesweit gehörten bald alle SUD-Gewerkschaften einem Dachverband an, der 1981 unter dem Namen *Groupe des Dix* gegründet wurde. Damals – SUD existierte noch nicht – ging es vor allem darum, «autonome», keinem Dachverband angehörende Einzel- und Branchengewerkschaften zusammenzuschließen. Das anfängliche Koordinierungstreffen von zehn teilweise kämpferischen (so die traditionsreiche Gewerkschaft der Finanzangestellten SNUI, inzwischen *Solidaires Trésor-finances publiques*), teilweise aber auch konservativ-unpolitischen Organisationen blieb in den ersten Jahren ohne weitergehende Perspektive und ohne verbindliche Ziele. Der Dachverband hat sich durch den Beitritt der SUD-Gewerkschaften seit den 90er Jahren zunehmend politisiert und radikalisiert. Im Jahr 1998 nahm er den heutigen Namen an.

Die nunmehrige *Union Syndicale-Solidaires* hatte auf ihrem Kongress im Jahr 2008 43 Mitgliedsorganisationen – statt ursprünglich zehn –, die zusammen knapp 100 000 Einzelmitglieder zählten. In Frankreich beträgt der gewerkschaftliche Organisationsgrad aufgrund verschiedener Faktoren derzeit nur noch rund 8% der Beschäftigten, das sind zwischen 1,5 und 2 Millionen Mitglieder.

Innerhalb der SUD-Gewerkschaften (in der Regel) wie auch im Dachverband *Union syndicale – Solidaires* wurden basisdemokratische Grundregeln für das interne Funktionieren festgelegt. SUD-PTT gab sich im Jahr ihrer Gründung, 1989, eine «Selbstverständnis-Charta». Darin wird die Zahl der Hauptamtlichen strikt begrenzt und die Rotation in gewerkschaftlichen Ämtern sowie die gleichmäßige Verteilung von «politischen» und «technischen» Aufgaben auf alle Funktionsträger festgeschrieben. Dadurch sollte die Herausbildung einer hauptamtlichen Gewerkschaftsbürokratie, wie in den großen Dachverbänden, verhindert werden. Im Dachverband *Solidaires*, der nach wie vor kein Gewerkschaftsbund im klassischen Sinne ist, gelten ebenfalls strikte demokratische Prinzipien. Ursprünglich lautete die Regel, dass Entscheidungen nur im Konsens aller vertretenen Basisorganisationen gefällt werden können. Wegen der Notwendigkeit, immer häufiger Entscheidungen zu treffen, wurde die Regel abgeschwächt. Nun ist die mehrheitliche Zustimmung aller Mitgliedsorganisationen erforderlich – unabhängig von ihrer Mitgliederzahl hat jede Organisation eine Stimme. Andererseits verfügt jede Einzelgewerkschaft über ein Opt-out-Recht, d. h. sie kann sich an einer Aktion nicht beteiligen, wenn diese ihren Vorstellungen widerspricht, und über ein Vetorecht: Sie kann sie also auch verhindern.

Ein prägendes Merkmal der SUD-Gewerkschaften ist ihre Weigerung, ihre Aktivitäten auf den Betrieb und auf rein quantitative, ökonomische Forderungen zu beschränken. Schon in ihrem Gründungsjahr 1989 nahm SUD-PTT an der damaligen Kampagne für den Erlass der Schulden der Länder der Dritten Welt teil und engagierte sich für das Wahlrecht von Immigranten. 1990/91 nahm sie an der Bewegung gegen den Irakkrieg teil. Seitdem hat das gesellschaftliche Engagement der SUD-Basisgewerkschafter vielfältige Formen angenommen. Die «Pionierorganisation» SUD-PTT etwa wurde 1994 Gründungsmitglied des Erwerbslosenbündnisses AC! (*Agir ensemble contre le chômage*,

ausgesprochen wie *assez!*, also «Genug!»), das die Proteste der Erwerbslosen zu strukturieren versuchte. 1998 war SUD-PTT eines der kollektiven Gründungsmitglieder des globalisierungskritischen Netzwerks ATTAC. SUD-PTT stand auch an der Seite der *Sans papiers*, der um ihre Rechte kämpfenden «illegalen» Immigranten, und engagierte sich in internationalistischen Kampagnen. Einige, nicht alle, SUD-Gewerkschaften haben betont kritische Positionen zur Atomenergie bezogen.

Ein letztes Strukturmerkmal der SUD-Gewerkschaften ist ihre Beziehung zu den abhängig Beschäftigten (auch den nicht gewerkschaftlich Organisierten). SUD hat sich systematisch Transparenz statt Geheimpolitik auf die Fahnen geschrieben, lehnt Hinterzimmer-Verhandlungen ohne Information der «Basis» ab. So beklagte sich in einer den Arbeitgebern nahe stehenden Fachzeitschrift der Mitarbeiter einer Consulting-Firma: «SUD Informationen unter dem Vorbehalt der Vertraulichkeit anzuvertrauen, ist schlicht ein Irrtum, denn alles wird öffentlich gemacht.» Dort, wo SUD als «repräsentativ» im oben beschriebenen Sinne anerkannt ist, ist die Arbeitgeberseite allerdings rechtlich dazu verpflichtet, ihr dieselben Informationen wie anderen gewerkschaftlichen Verhandlungspartnern zukommen zu lassen. SUD-Gewerkschaften publizieren häufig detaillierte Analysen über Kollektivverträge bzw. Entwürfe dafür, die noch Gegenstand von Verhandlungen sind, und arbeiten genau heraus, was für die Beschäftigten auf dem Spiel steht und was sich im sog. Kleingedruckten verbirgt. SUD verweigert sich aber nicht grundsätzlich dem Abschluss von Betriebsvereinbarungen, vor allem dort nicht, wo die Beschäftigten – nachdem sie gründlich informiert wurden – dies mehrheitlich wollen, oder wo nach einem erfolgreichen Streik Fortschritte festgeschrieben werden sollen. Vor allem aber praktiziert SUD eine Informationspolitik, die eigene Niederlage oder vorherige Fehleinschätzungen nicht verschweigt oder schönredet, etwa nach einem verlorenen Arbeitskampf. Auch darin liegt ein Unterschied zu manchen «klassischen» Gewerkschaftsorganisationen.

## Fazit und Ausblick

22 Jahre nach ihrer Gründung sind die SUD-Gewerkschaften kaum noch aus der politisch-sozialen Landschaft Frankreichs wegzudenken. Die damaligen Initiatoren hätten sich das 1988/89 selbst kaum träumen lassen. Landesweit jedoch bilden SUD-Solidaire noch keinen Verband, der mit den traditionellen Gewerkschaftsverbänden – den *confédérations* – der Größe nach gleichziehen könnte.

Bestimmt aber tragen sie dazu bei, eine neuartige und vorwärtsweisende Antwort auf die – auch in Frankreich grassierende – Gewerkschaftskrise zu geben. Sie zeigen, dass Gewerkschaft anders sein kann als jene hoch bürokratisierten, schwerfälligen und (bezogen auf ihr eigenes Funktionieren) strukturkonservativen Organisationen. Und dass es möglich ist, diese neue Form gewerkschaftlicher Aktivität in enger Verbindung mit der gesamten Vielfalt gesellschaftlicher Widerspruchsfelder zu entwickeln. Insofern ist die Krise der Gewerkschaften in dem Fall auch eine Chance.

## Anmerkung

\*Vgl. [www.youtube.com/watch?v=x6\\_7Mbp76jU](http://www.youtube.com/watch?v=x6_7Mbp76jU) – Die Aufnahme entstand bei der letzten Großdemonstration im Zusammenhang mit dem Streit um die «Rentenreform», die am 6. November 2010 im strömenden Regen stattfand. An jenem Samstag stand die Niederlage der Streikbewegung bereits fest, und der Demonstrationzug stellte ein letztes Aufbäumen der Protestbewegung dar. Nirgendwo herrschte damals eine so kämpferische Stimmung wie im Block der SUD-Gewerkschaften, wo «HK» u. a. sang: «So lange wir aufrecht stehen, werden wir nicht nachgeben!»

## Literatur/Quellen

1. Nebst Tages-, Wochen- und Monatspresse folgende Bücher:

Andolfatto, Dominique, Dominique Labbé (2011): *Histoire des syndicats (1906–2010)*. Paris.

Aparicio, Jean-Claude, Michel Pernet, Daniel Torquéo (1999): *La CFDT au péril du libéral-syndicalisme*. Paris.

Coupe, Annick (Hrsg.) (2002): *Qu'est-ce que SUD Solidaires?*, erschienen in der Reihe *L'information citoyenne*. Paris.

Crettiez, Xavier, Isabelle Sommier (Hrsg.) (2002): *La France rebelle. Tous les foyers, mouvements et acteurs de la contestation*. Paris.

Hamon, Patrick, Patrick Rotman (1982): *La deuxième gauche. Histoire intellectuelle et politique de la CFDT*. Paris.

Labbé, Daniel, Hubert Landier (2001): *L'entreprise face au nouveau radicalisme syndical*. Paris, Rueil-Malmaison.

Magniadas, Jean, René Mouriaux, André Narritsens (2012): *Anthologie du syndicalisme français 1791–1968*. Paris, Montreuil.

Mouriaux, René (1984): *La C. F. D. T.: de l'union des forces populaires à la réussite du changement social*, in: *Le mouvement ouvrier français 1968–1982. Crise économique et changement politique*. Paris.

Mouriaux, René (2009): *Le syndicalisme en France*. Paris.

Sirot, Stéphane (2011): *Le syndicalisme, la politique et la grève. France et Europe: XIXe – XXI siècles*. Paris.

2. Interviews mit ProtagonistInnen der SUD-Gewerkschaften in den Jahren 2002 bis 2012: Annick Coupé, Guy Freche (inzwischen verstorben), Alain Baron, Christian Mahieux.